

Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 4 / 2018



Edito

Von Pascale Bruderer, Ständerätin,
Nussbaumen AG

Gerne informieren wir auch mit diesem Newsletter wieder über aktuelle Themen, welche die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz beschäftigen.

Ständerat Daniel Jositsch erläutert, was die Reformplattform dazu bewogen hat, sich öffentlich **gegen einen Verhandlungsabbruch zu den Flankierenden Massnahmen** im Zusammenhang mit dem angestrebten Rahmenabkommen mit der EU auszusprechen.

In einem zweiten Beitrag werden die Gründe präsentiert, die für eine Ablehnung der am 23. September 2018 zur Abstimmung gelangenden **Agrarinitiativen** sprechen. Mehr Marktnähe durch eine konsequente Qualitätsstrategie, sanfte Marktöffnung, Entschädigung über Direktzahlungen – das sind Eckwerte der Schweizerischen Landwirtschaftspolitik, die nicht zuletzt massgeblich von der SP Schweiz mitentwickelt wurden. Die beiden Initiativen hingegen stehen völlig quer zu dieser Stossrichtung, wie Matthias Manz in seinem Beitrag einleuchtend darlegt.

Schliesslich beantwortet der künftige Zürcher Nationalrat **Daniel Frei** unsere traditionellen 5 Fragen. Daniel wird Nachfolger von Chantal Galladé, die vor Ende der Amtsperiode zurücktreten wird.

A propos Nachfolge – ein Hinweis sozusagen in eigener Sache: Am 26. September bestimmt die SP Aargau an einem Parteitag, wer 2019 für den Ständerat kandidieren wird, um meinen dortigen Sitz zu verteidigen. Bisher bekannt sind die **Kandidaturen von Yvonne Feri, Nationalrätin aus Wettingen und engagiertes Mitglied der Steuergruppe unserer Reformplattform, sowie Cédric Wermuth, Nationalrat aus Zofingen**. Alle Aargauer SP-Mitglieder der Reformplattform werden ermuntert, an dieser spannenden Auswahl teilzunehmen!



Auf dem Verhandlungsweg den Schutz der Löhne sichern!

Von Daniel Jositsch, Ständerat, Stäfa ZH

Bekanntlich haben die beiden Dachverbände der Arbeitnehmenden - Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) und Travail Suisse - Gespräche mit dem Bundesrat, den Kantonen und den Sozialpartnern zur Positionierung der Schweiz in den Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) verweigert. Letztere möchte im Rahmen der Ausarbeitung eines Rahmenvertrages eine Anpassung der flankierenden Massnahmen (FlaM) erreichen. Die Gewerkschaften begründen ihre Gesprächsverweigerung im Wesentlichen damit, dass die beiden freisinnigen Bundesräte Cassis und Schneider-Ammann den Lohnschutz preisgeben wollten.

Richtig ist, dass der Lohnschutz nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz (Reformplattform) erachtet die Haltung der Gesprächsverweigerung trotzdem als falsch. Dies aus verschiedenen Gründen:

FlaM sind technische Massnahmen

Die Flankierenden Massnahmen sind technische Vorkehrungen und Verfahrenselemente, die der Durchsetzung des Lohnschutzes dienen. Diese kann auch auf anderem Weg erreicht werden. So wurde z.B. die umstrittene 8-Tage-Regel vor gut 15 Jahren in einer Zeit geschaffen, in der die technologischen Mittel von heute noch nicht zur Verfügung standen (z.B. gab es noch keine Smartphones). Heute lässt sich das Anmelde-verfahren im Rahmen der Entsendung auf andere Weise organisieren, so dass bei uneingeschränktem Lohnschutz auch kürzere Fristen möglich sind. Es besteht also durchaus Handlungsspielraum in den Verhandlungen mit der EU, ohne dass ein Minus an Lohnschutz zu akzeptieren wäre.

Verhandelt wird am Verhandlungstisch

Wer nicht am Verhandlungstisch sitzt, kann nicht verhandeln und sich damit auch nicht einbringen. Mit der Gesprächsverweigerung hat sich die Arbeitnehmerseite aus den Diskussionen verabschiedet und kann daher nicht mitbestimmen. Die schweizerische lösungsorientierte Kultur zwischen den Sozialpartnern wird aber gerade durch die Verhandlungsbereitschaft charakterisiert.

Das Pfand bleibt in der Hand

Die Verhandlungen stellen weiter keine Gefahr für die Position der Arbeitnehmenden dar. Was auch immer die freisinnigen Bundesräte Schneider-Ammann und Cassis im Schild führen mögen, auch sie wissen, dass ohne Unterstützung der Linken gegen die SVP ein Referendum gegen ein Rahmenabkommen nicht zu gewinnen wäre. Das heisst, dass die Gewerkschaften in den Verhandlungen mit einer extrem starken Position ihren Widerstand gegen Einbussen beim Lohnschutz mit grösster Wirksamkeit einbringen könnten.

Zu grosses Risiko für taktische Züge

Es mag sein, dass die Gesprächsverweigerung der Gewerkschaften primär taktischer Natur ist, um die eigene Position möglichst wirkungsvoll einzubringen. Damit bringen sie aber die gesamten Verhandlungen mit der EU zum Stehen resp. gefährden diese grundsätzlich. Die Linke, die bisher sogar den EU-Beitritt befürwortet hat, wirkt mit dieser Position aber wenig konzis. Denn einerseits sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bisher mit einem konstruktiven Ansatz der Europäischen Union entgegen getreten; andererseits haben wir bisher den Gedanken der Solidarität mit den anderen Staaten gelebt und uns nicht als Insel der Glückseligkeit abgeschottet.

Fazit: Reformplattform fordert zu Gesprächsteilnahme auf

Die Reformplattform ist aus diesen Gründen der Ansicht, dass die Dachverbände der Arbeitnehmenden an den Verhandlungen mit dem Bund, den Kantonen und den Sozialpartnern teilnehmen sollten, damit der bilaterale Weg weiterhin erfolgreich weitergeführt werden kann.



Reinen Wein einschenken – 2 x Nein zu beiden Agrarinitiativen

Von Matthias Manz, Mitglied der Steuerungsgruppe der Reformplattform, Aarau

Am 23. September 2018 kommen zwei landwirtschaftspolitische Volksinitiativen zur Abstimmung. Beiden Initiativen ist zu Gute zu halten, dass sie die schweizerische Landwirtschaft fördern möchten, und sie beinhalten unterstützenswerte Forderungen (z.B. Gentech-Freiheit). Andererseits kranken sie an Bestimmungen, die entweder nicht umsetzbar oder nicht erwünscht sind. Die bereits hoch regulierte Landwirtschaft soll noch stärker vom Staat mittels Vorgaben gesteuert werden.

Die „**Ernährungssouveränitäts-Initiative**“ der Bauergewerkschaft uniterre möchte mit allen Mitteln den Status quo der schweizerischen Landwirtschaft verteidigen und die Situation der Bauern verbessern, indem dem Staat eine zentrale Rolle beigemessen wird. Die zwei grössten Pferdefüsse der Initiative sind:

- Der Bund soll dafür sorgen, dass die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft erhöht wird! Wie dies geschehen soll, ist schleierhaft. Klar ist, dass mit diesem Konzept Effizienzsteigerungen in der Landwirtschaft unterbunden und quasi sichergestellt werden soll, dass das Heu mit der Gabel anstatt mit dem Ladewagen eingebracht wird.
- Um die einheimische Produktion zu erhalten und zu fördern, sollen alle Landwirtschaftsimporte verboten oder mit Zöllen und Kontingenten belegt werden, die nicht aufgrund der schweizerischen sozialen und ökologischen

Vorschriften produziert wurden. Für die Bauern anderer Länder gilt somit, dass sie entweder die schweizerische Gesetzgebung übernehmen müssen oder ansonsten vom schweizerischen Markt ausgeschlossen werden.

Dieser zweite Punkt ist auch Teil der „**Fair-Food-Initiative**“ der Grünen Partei, weshalb auch diese Initiative nicht unterstützt werden kann. Wohl wird von den Befürwortern versucht, dieses Konzept der geschlossenen Grenzen klein zu reden – der Verfassungstext ist aber klar. Bei einer Annahme der Initiative würden auch hier Ausführungsbestimmungen erlassen werden müssen, die dem Verfassungstext widersprechen bzw. diesen nicht wirklich umsetzen. Das kann nicht der Sinn von Volksinitiativen sein.

Beide Volksinitiativen widersprechen den landwirtschaftspolitischen Grundsätzen, die die **SP Schweiz** in den vergangenen 20 Jahren entwickelt hat: Die Landwirtschaft soll durch die Abgeltung von Leistungen, die sie für die Umwelt erbringt und die von den Marktpreisen nicht abgegolten werden, mit Direktzahlungen entschädigt werden. Darüber hinaus wird die Landwirtschaft vor allem dadurch gestärkt, dass sie ihre Produktion auf die Konsumentinnen und Konsumenten ausrichtet. Sie erhöht ihre Wertschöpfung durch Marktnähe und Qualität, und nicht durch eine zusätzliche staatliche Lenkung. Diese Marktnähe kommt auch in einer behutsamen Marktöffnung zum Ausdruck, die die Qualität der schweizerischen Produktion enorm gefördert hat (z.B. Wein, Käse). Diese Strategie wird auch von den Verbänden Bio Suisse, IP Suisse und Mutterkuh Schweiz sowie von vielen Direktvermarktern und Regio-Label verfolgt.

Es ist verführerisch, unsere Landwirtschaft mit einer stärkeren Abschottung schützen und fördern zu wollen. Damit wird aber das Rad zurückgedreht in eine Zeit der staatlich gesteuerten (Über-)Produktion, die sich nicht an den Konsumentinnen und Konsumenten ausrichtet. Und die Haushalte, die bereits den bestehenden Grenzschutz mit erhöhten Preisen von rund 4 Mia. Franken pro Jahr finanzieren, würden mit noch höheren Kosten belastet.

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hatte sich mit Gegenvorschlägen bemüht, einen Weg für die Annahme der positiven Aspekte der Initiativen zu finden, fand damit aber keine Mehrheit. Die Parteileitung empfahl im Wissen um die Problematik der Initiativen Stimmfreigabe. Bedauerlicherweise entschied sich Delegiertenversammlung der SPS in ihrer bekannt ideologischen, auf politische Symbole ausgerichteten Manier mit grossem Mehr für eine Unterstützung.

Aus Sicht einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik muss man sich aber wünschen, dass beide Initiativen an der Urne abgelehnt werden.



5 Fragen an ...

... **Daniel Frei, Nationalrat (*),
Niederhasli ZH**

1. Gibt es einen Auslöser, dass du dich bei der SP-Reformplattform engagierst und wenn ja, welcher?

Ich bin als Gymnasiast 1997 in die SP eingetreten, weil mich überzeugt hat, wie die SP einerseits zeitlose Werte hochhält und sich für den sozialen Zusammenhalt einsetzt und sich andererseits gleichzeitig als fortschrittliche und weltoffene Reformpartei versteht. Das erste ist immer noch so, das zweite ist für meine Begriffe in den letzten Jahren durch Ideologisierung und Linkskonservatismus teilweise abhanden gekommen. Die Reformplattform will dies wieder ändern und die Vielfalt und Breite der SP aufzeigen. Das finde ich als sozialliberaler Sozialdemokrat richtig und wichtig.

2. Wer ist dein politisches Vorbild und warum?

Helmut Schmidt beeindruckt mich sehr; klare Werthaltung, scharfe Analyse, pragmatisches Handeln.

3. Welche 5 Werte sind dir wichtig?

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Sicherheit, Respekt.

4. Was ist deine wichtigste Frage an die Zukunft?

Wie gelingt es uns in der Schweiz und weltweit, das Streben nach Freiheit, Sicherheit und Wohlstand so zu gestalten, dass es möglichst für alle ein Gewinn ist?

5. Was war die größte (positive oder negative) Überraschung deines politischen Lebens?

Ich habe politisch bisher viel Positives (erfolgreiche und inspirierende Zusammenarbeit mit engagierten Leuten, sachorientierte Behördenarbeit) und wenig Negatives (Frontenbildung, Dogmatismus) erlebt. Aktuell bin ich positiv überrascht, Nationalrat zu werden – und ich freue mich darauf!

(*) Daniel Frei wird in der Wintersession 2018 für Chantal Galladé im Nationalrat nachrücken.